

schulnotizen

Positionen zu Schule, Bildung und Gesellschaft

SLV: Am Gufel 1, 6706 Bürs; Druckerei Wenin, Dornbirn; Verlagspostamt Hohenems, P.b.b. GZ 02Z033923 M



- Neues zur Digitalisierung
- Unterrichtsmaterialien zur NS-Zeit
- Schülerförderung in Finnland

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in einer Zeit, in der Strafen und Sanktionen en vogue sind und uns vorgegaukelt wird, damit könne fast jedes Problem gelöst werden. Unsere Regierung reitet auf dieser Welle, Populisten aller Art machen damit Politik und erhoffen sich Pluspunkte beim Wähler.

Leider hat sich auch der Vorsitzende der österreichischen PflichtschullehrerInnengewerkschaft, Paul Kimberger, in einem Kurier-Interview dazu hinreißen lassen. Er kann sich Kürzungen bei der Kinderbeihilfe vorstellen, wenn Eltern ihre Kinder in der Bildung nicht fördern. Wie das objektiv überprüft werden soll, sagt er nicht.

Stefan T. Hopmann (Bildungswissenschaftler an der Uni Wien) hat auf Facebook scharf darauf reagiert: Das sei nichts anderes als ein bösartiger Versuch, den Betroffenen selbst die Verantwortung für soziale Ungleichheit in die Schuhe zu schieben, anstatt tatsächlich etwas Substantielles gegen Bildungs- und andere Armut zu unternehmen.

Auch wir haben uns öffentlich von solchen Strafforderungen distanziert. (Siehe www.freielehrer.at)

Natürlich ist es für die Entwicklung des Kindes wichtig, dass die Eltern schon im Vorschulalter ihre Sprösslinge fördern. Das Parken vor dem Computer oder Fernseher gehört jedenfalls nicht dazu.

Mit Strafen werden wir manche „überzeugen“ können, doch was ist mit jenen, die zwar wollen, aber nicht können? Etwa wegen ihrer eigenen Bildungsbiografie.

Statt mit Sanktionen zu drohen, brauchen wir Hilfsangebote für Eltern, die nicht in der Lage sind, ihre Kinder zu fördern. Dafür benötigen wir Unterstützungsangebote wie Fachpersonal für die Familiensozialarbeit und Elternschulungen. Der Ausbau der Kindergärten als wichtige Bildungseinrichtung ist zu forcieren und in der Volksschule brauchen wir dringend das ZweilehrerInnensystem.

Ein positiver Anreiz könnte eine finanzielle Belohnung für jene Eltern sein, die Fortbildungskurse belegen und mit ElternberaterInnen zusammenarbeiten. Als PädagogInnen sollten wir doch positive Verstärkungen gegenüber negativ besetzten Sanktionen bevorzugen.

Aber das alles kostet Geld. Da ist es allemal billiger und einfacher, nach Strafen zu rufen.

Mit kollegialen Grüßen
Gerhard Unterkofler und Willi Witzemann



- 3 Garys Nadelstiche
- 4 erinnern.at - Unterrichtsmaterialien zur NS-Zeit
- 5 Bildungsgerechtigkeit und Chancenindex
- 6 Neues zur Digitalisierung
- 7 Geldstrafen für säumige Eltern
- 8 Willis Rundschau
- 9 Rechtslage: Sie fragen - wir antworten
- 10 Schulservice: Wiedereingliederungsteilzeit
- 11 Schulservice: Gewerkschaftliche Leistungen
- 12 Querbeet
- 14 Interview mit Mag.^a Veronika Pitschl
- 15 Buchempfehlung und Termine
- 16 Kommentar von Heidi Schrodtt
- 18 Gastkommentar: LAbg. Gabi Sprickler-Falschlunger
- 19 Kommentare: Willi Schneider und Alexandra Loser

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:

Sozialistischer Lehrerverein Vorarlberg,
Vorsitzende: Evelyn Bitschnau-Steurer,
Am Gufel 1, 6706 Bürs

Verantwortliche Redakteure:

Willi Witzemann, Gerhard Unterkofler

MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:

Evi Bitschnau-Steurer, Alexandra Loser,
Willi Schneider, Heidi Schrodtt, Johannes Spies,
Gabi Sprickler-Falschlunger, Alexandra Vrhovac,
Klaus Zanetti

Layout: Franz Bickel

Druck und Herstellung:

Druckerei Wenin, Dornbirn

Die **schulnotizen** sind ein Diskussionsorgan. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht vollinhaltlich der Blattlinie bzw. der Meinung der Freien LehrerInnen entsprechen.

E-Mail: schulnotizen@hotmail.com

Homepage: www.freielehrer.at

Facebook: Freie LehrerInnen



Garys Nadelstiche

Gerhard Unterkofler, Vorsitzender der APS-Gewerkschaft Vbg. (unterkofler.gerhard@aon.at)

Nicht nur in Österreich, auch in vielen Teilen der Welt haben momentan PolitikerInnen Hochkonjunktur, die von der Angstmache leben. In Österreich will man uns einreden, dass wir strengere Gesetze benötigen würden, obwohl die Verbrechensrate stetig sinkt. Die Regierung sieht Flüchtlinge als Sicherheitsproblem, obwohl sie bei der Verbrechensstatistik am unteren Ende aufscheinen. Doch das interessiert die Mehrheit der Bevölkerung nicht und diese Regierung hat sich schon lange von Expertenmeinungen abgewandt

„Diese Regierung hat sich schon lange von Expertenmeinungen abgewandt und kocht ihr eigenes Süppchen, um die Hoheit über den Stammtischen zu behalten.“

und kocht ihr eigenes Süppchen, um die Hoheit über den Stammtischen zu behalten. Ja, diese Regierung findet zu jedem Problem die richtige Trumpfkarte, und auf der ist fast immer ein Asylant oder ein Ausländer abgedruckt.

Forderungen nach mehr Fachpersonal für die Familiensozialarbeit, Schulpsychologie, Familienberatung oder Integration hören wir dabei nur ganz selten, denn das kostet Geld und wäre bedeutend weniger populär.

Man muss den Leuten wirklich nur lange genug Angst vor MuslimenInnen machen, dann akzeptieren sie jede noch so absurde Lösung.

BEISPIEL 1:

Die Regierung führt die e-card mit Foto ein, und die FPÖ macht dabei Werbung für diese mit dem düster dreinschauenden Ali, der sich gerade eine Arztbehandlung erschlei-

chen will. Rassismus pur, außerdem ist der Missbrauch der e-card verschwindend klein, die Kosten von 15 Millionen Euro für diese e-card reine Verschwendung.

BEISPIEL 2:

Die Kinderbeihilfe für im Ausland lebende Kinder wird für die meisten reduziert. Die FPÖ-ArbeitnehmerInnen werben für diese Kürzungen mit Plakaten, auf denen dunkelhäutige, kopftuchtragende Musliminnen zu sehen sind. Krux der Geschichte: Die Gruppe der Muslime ist von diesen Kürzungen kaum betroffen. Auswirken tun sich diese Kürzungen zu 90 Prozent auf Europäer aus Ungarn, Slowakei, Polen, Rumänien, Slowenien und Tschechien. Aber Hauptsache die Agitation erfüllt den Zweck: Stimmenmaximierung für die nächsten Wahlen.

Und wenn man glaubt, abstruser geht's nicht mehr, dann kommt bestimmt der nächste Unsinn daher. So behauptet Strache, die jetzige Regelung bezüglich des Karfreitags sei notwendig gewesen, um einen muslimischen Feiertag zu verhindern. Kopfschütteln ist angesagt.

ETHIKUNTERRICHT FÜR ALLE, LEIDER NEIN!

Seit 1997 gibt es die Forderung nach Ethikunterricht für alle. Jahrelang wurde dies von der ÖVP und FPÖ verhindert. Aber auch VertreterInnen der Katholiken, Protestanten und Muslime sind gegen einen Ethikunterricht für alle. Dagegen fordern SPÖ, NEOS und die Grünen die Einführung von Ethik für alle SchülerInnen.

Nun hat die Regierung verkündet, dass das Pflichtfach Ethik an den Schulen eingeführt wird und zwar mit folgendem Inhalt:

1. Ich und Du: Respektvoller Umgang

untereinander (Toleranz, Pluralismus, Fragen von Gewalt und Interessensgegensätzen).

2. Wir und die Welt: Fragen des Umgangs mit der Umwelt und unseren Lebensgrundlagen, Nachhaltigkeit und Fairness in Handel und Ökologie.

3. Überblick über Weltreligionen und die philosophischen und weltanschaulichen Strömungen.

„Es wird in Zukunft den wertvollen Ethikunterricht nicht für alle geben, sondern nur für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen.“

Das Ziel soll die Schaffung eines gemeinsamen Fundaments des gesellschaftlichen Miteinanders sein.

So weit, so gut. Nur wird es in Zukunft den wertvollen Ethikunterricht nicht für alle geben, sondern nur für jene, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen oder gar keiner Religionsgemeinschaft angehören. Alle anderen werden weiterhin nur eine religiös gefärbte Auseinandersetzung über die grundsätzlichen Fragen des menschlichen Zusammenlebens erhalten. Schade!

Alleine schon die Themenbereiche zeigen aber, dass dieser Ethikunterricht ohne religiöse Einfärbung dringend für alle SchülerInnen notwendig wäre. Gerade in einer pluralistischen Welt muss der Staat allen Kindern aller Religionen ein solides, für alle gültiges Wertefundament vermitteln, und zwar unabhängig von der Religionszugehörigkeit und damit konfessionsneutral. Und genau das ist dringend notwendig, damit Integration gelingen kann.

Außerdem: Der freiwillige Religionsunterricht für jede Konfession bliebe ja von einem Ethikunterricht für alle völlig unangetastet.



Die Erinnerung bewahren – *erinnern.at* in Vorarlberg

Johannes Spies, Lehrer an der MS Dornbirn-Markt (johannes.spies@me.com)

erinnern.at vermittelt seit fast zwanzig Jahren methodisch-didaktisches Wissen und erstellt Unterrichtsmaterialien zu den Themen Nationalsozialismus und Holocaust. Das Bundeslandnetzwerk in Vorarlberg bietet LehrerInnen eine Vielzahl an Fortbildungsmöglichkeiten und Materialien für den Unterricht.

Die Beschäftigung mit der Geschichte des Nationalsozialismus und insbesondere des Holocaust erzeugt mitunter Abwehrreaktionen. Es wird dann behauptet, es muss irgendwann endlich Schluss sein mit dem ewigen Erinnern an die Verbrechen der Nationalsozialisten. Das habe mit uns heute doch nichts mehr zu tun. Solche Feststellungen beruhen zumeist auf Abwehrreaktionen aufgrund von Überforderung und Gefühlen der Überwältigung.

Die von **erinnern.at** entwickelten Unterrichtsmaterialien bieten für SchülerInnen eine Möglichkeit, sich eigenständig und pädagogisch nachhaltig mit der NS-Geschichte auseinanderzusetzen. Auf diese Weise ist es möglich, ein Bewusstsein für die Bedeutung von Geschichte zu entwickeln und Werthaltungen ausprägen. Die Angebote von **erinnern.at** in Vorarlberg sind nach dem Prinzip der „Glokalisierung“ gestaltet – lokale Ereignisse werden im Zusammenhang globaler Entwicklungen betrachtet.

„Ausgehend vom Widerstands- und Desertionsmahnmal werden in Verbindung mit weiteren historischen Orten Widerstand, Verfolgung und Desertion in einem zweistündigen Rundgang vermittelt.“

Ein neuer Stadtrundgang in Bregenz, der von **erinnern.at** ausgearbeitet wurde, ermöglicht es SchülerInnen, die Geschichte von Widerstand und Desertion in der Zeit des Nationalsozialismus kennenzulernen.



Zentrale Inhalte sind die Verfolgung von Deserteuren und JüdInnen wie auch Menschen, die sich dem nationalsozialistischen Regime verweigerten. Dabei stehen Biographien im Mittelpunkt der Beschäftigung – ein Ansatz, der SchülerInnen Geschichte anhand von konkreten Lebensgeschichten nachvollziehen lässt.

Eigens für den Gebrauch in der Schule erstellte **erinnern.at** ein Jugendsachbuch. Als Autor konnte der renommierte Vorarlberger Historiker Meinrad Pichler gewonnen werden. Unter dem Titel „Nationalsozialismus in Vorarlberg“ werden neben zusammenfassenden Darstellungen der nationalsozialistischen Geschichte über 40 biografische Skizzen von Menschen, welche die NS-Zeit als

TäterInnen, als Opfer oder als GegnerInnen des Regimes erlebt haben, präsentiert.

erinnern.at vermittelt zudem ZeitzeugInnen, denen es ein Anliegen ist, mit jungen Menschen an Schulen in Vorarlberg über ihre Erfahrungen in der Zeit des Nationalsozialismus zu sprechen. So besuchte der österreichische Journalist Karl Pfeifer im Oktober 2018 eine Woche lang unterschiedliche Schulen des Landes und hinterließ bei seinen engagierten Vorträgen beeindruckte SchülerInnen und LehrerInnen. Eine wertvolle Gelegenheit, um Kontakte zu noch aktiven ZeitzeugInnen herzustellen, ist das jährlich von **erinnern.at**

für LehrerInnen aus ganz Österreich angebotene ZeitzeugInnen-Seminar in Salzburg. Neben dem Kennenlernen von Lebensgeschichten gibt es in diesem Zusammenhang einen eigenen Seminaranteil, der sich mit pädagogischen Fragestellungen zur Begegnung von ZeitzeugInnen und SchülerInnen befasst.

Auch in der Entwicklung von Projekten mit SchülerInnen ist **erinnern.at** als Partner für LehrerInnen in Vorarlberg tätig. Das Bundesgymnasium Rebbeggasse in Feldkirch führte im Juni des vergangenen Jahres gemeinsam mit den Dornbirner Mittelschulen Markt und Baumgarten unter Beteiligung von **erinnern.at** ein Unterrichtsprojekt zum Thema Flucht durch.

Dass **erinnern.at** auch Smartphones und Tablets in den Unterricht mit einbezieht und somit mit der Zeit geht, beweist die interaktive App „Fliehen vor dem Holocaust. Meine Begegnung mit Geflüchteten“. Die mit dem Worlddidac Award 2018 ausgezeichnete Anwendung ermöglicht SchülerInnen eine Beschäftigung mit den Lebensgeschichten von in den 1930er und 1940er Jahren geflüchteten Menschen.



In Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Vorarlberg bietet **erinnern.at** jedes Semester Fortbildungsveranstaltungen für LehrerInnen an. Im vergangenen Wintersemester wurde dabei das Thema „Rechtsextremismus in Österreich“ behandelt und eine Online-Plattform für das Lernen über die Auswirkungen von Ausgrenzung, Antisemitismus, Rassismus und anderer Formen von Diskriminierung vorgestellt.

Zusätzlich zu den Angeboten in

Kontakt in Vorarlberg: johannes.spies@erinnern.at
Website: <http://www.erinnern.at/bundeslaender/vorarlberg>

Seminare an der International School for Holocaust Education in Yad Vashem / Jerusalem

Vorarlberg gibt es für LehrerInnen seit dem Jahr 2000 die Möglichkeit, an einer Fortbildung in Israel teilzunehmen. Jährlich finden im Juli und August Seminare an der International School for Holocaust Education in Yad Vashem in Jerusalem und dem Center for Humanistic Education in Lohamei Hagetaot statt. Historisches und methodisches Wissen wird dabei auf einem hohen Niveau vermittelt. Begleitet werden diese intensiven Fortbildungen von einem eigens konzipierten Lehrgang an der Pädagogischen Hochschule Salzburg, der das Seminar in Israel vor- und nachbereitet. Auch im laufenden Schuljahr nehmen zwei KollegInnen aus Vorarlberg an diesem Seminar teil.

Neben dem Lernen über die Geschichte wird von **erinnern.at** auch das Lernen aus der Geschichte thematisiert. Durch das Wachhalten der Erinnerung der Geschichte des Nationalsozialismus und Holocaust können SchülerInnen für die Gegenwart lernen und so den Wert von Demokratie und Pluralismus erkennen. Der Holocaust-Überlebende Max Mannheimer formulierte in diesem Sinn einen Auftrag an nachgeborene Generationen: „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“



Chancen- index und Bildungsgerechtigkeit

*Kommentar der Obfrau des SLV,
Evi Bitschnau-Steurer*

Bildungsgerechtigkeit heißt, dass die Schulen gleiche Bildungs- und Lernmöglichkeiten für alle SchülerInnen anbieten. Ihr familiärer, wirtschaftlicher oder sozialer Hintergrund darf keine Unterschiede in den schulischen Leistungen hervorrufen. Allein der Zugang zur Bildung führt nicht gleichzeitig zu einer Bildungsgerechtigkeit. Schon sehr früh machen sich Unterschiede in den Leistungen der Kinder bemerkbar und vergrößern sich während ihrer weiteren Bildungslaufbahn, wenn die wirtschaftliche und soziale Situation in der Familie angespannt ist.

Daher sollten in der Bildungspolitik zusätzliche Ressourcen für benachteiligte SchülerInnen und Schulen eingesetzt werden. Mit der Einführung eines Chancenindex könnten gezielt Schulen mit mehr Ressourcen versorgt werden, welche für die SchülerInnen mehr und bessere Fördermöglichkeiten bedeuten würden.

Dass die Vorarlberger Landesregierung jetzt begonnen hat, in einem Projekt vier Schulen mit besonderen Herausforderungen für die nächsten sechs Jahre zu unterstützen, ist positiv zu bewerten. Aber auch die anderen Schulen mit besonderen Herausforderungen brauchen sofort eine Unterstützung wie zusätzliches Personal für Schülerberatung, Sozialarbeit, Elternarbeit, Integration, Schulpsychologie.

Leider hinkt Österreich im internationalen Vergleich in diesem Bereich weit hinterher.



Neues zur Digitalisierung

Klaus Zanetti, MS-Lehrer in Hard-Mittelweiherburg (klaus.zanetti@ms-mwbg.at)

In den Schulnotizen 2/2018 habe ich zur Digitalisierung an Schulen und den diesbezüglichen Bestrebungen der Regierung geschrieben. Seitdem hat sich in meinen Augen einiges in positiver Richtung getan. Es ist dadurch aber auch ein Zeitpunkt gekommen, an dem der eine oder andere strategische Fehler von Lehrenden und Direktoren, aber vor allem von für das gesamte System Verantwortlichen gemacht werden könnte. Deshalb an dieser Stelle ein kleines Update mit Ausblick.

„Sehr positiv zu vermerken ist, dass die Bestrebungen der Vorgängerregierung nicht in einem politischen Reflex abgewürgt wurden.“

Sehr positiv zu vermerken ist, dass die Bestrebungen der Vorgängerregierung nicht in einem politischen Reflex abgewürgt wurden, ganz im Gegenteil. Die Verantwortlichen auf Beamtenebene wurden im Ministerium nicht ausgetauscht und die Projekte, allen voran eEducation Austria, werden ohne größere Brüche weiterentwickelt. Grundsätzlich scheint man am Minoritenplatz auch nach der Wahl der Meinung zu sein, dass eine finanzielle Unterstützung des Bundes zur Tablet-Beschaffung nötig ist. Vor diesem Hintergrund sei der aktuellen Regierung verziehen, dass sie einiges umgetauft und medial als komplette Neuerfindung verkauft hat. Weiters positiv ist, dass offenbar immer mehr Gemeinden den Bedarf an mobilen digitalen Endgeräten an den Schulen sehen, um einen modernen analog-digital gemischten Unterricht zu ermöglichen. Und hier ergeben sich die Bedenken, die ich bezüglich der

näheren Zukunft habe. Die Pionierschulen haben in den letzten Jahren etliches in didaktischer Richtung, aber auch in Sachen Hardware und Geräteverwaltung erprobt. Wenn nun immer mehr Schulen beginnen, auf das Thema aufzuspringen und ihre eigenen Insellösungen ausarbeiten, dann hat das einige große Nachteile für das Gesamtsystem der Vorarlberger Schulen.

- Es muss an jedem Standort Arbeit in technisch administrative Planungen gesteckt werden, die eigentlich schon getan ist.
- Zu Beginn unterschätzt man leicht, dass auch bei Tablets eine gut funktionierende Automatisierung der Systempflege im Hintergrund gegeben sein muss.
- Eine eigene Typenentscheidung am Standort (Windows, Android oder Apple) sorgt dafür, dass Lernende und Lehrende bei einem Schulwechsel vor unnötige Umstiegshürden gestellt werden.
- Der Austausch von Unterrichtsideen und selbst erstellten digitalen Unterrichtsmaterialien zwischen KollegInnen verschiedener Schulen wird durch unterschiedliche Endgeräte erschwert.
- Die Lehrerfortbildung im Bereich der digitalen Bildung ist an der PH viel leichter und zielsicherer planbar, wenn von einer bis zu einem gewissen Grad normierten Ausstattung an den Schulen ausgegangen werden kann.
- Ein etwaiger Second Level Support, wie er bei den Standgeräten mit dem System der Regionalbetreuer vorbildlich umgesetzt ist, funktioniert nur verlässlich durch Normierung.

Deshalb mein dringender Aufruf an die Bildungsdirektion Vorarlberg: Nehmen Sie sich ein Beispiel an der vor ca. 15 Jahren begonnenen Normierung im Bereich der Standgeräte, die von der zentralen Beschaffung über den technischen Support bis hin zur Vereinheitlichung der zur Verfügung gestellten pädagogischen Software und der damit verbundenen Lehrerfortbildung einen riesigen Qualitätsfortschritt gebracht hat. Wir benötigen möglichst schnell einen koordinierten Masterplan „Mobile Endgeräte an den Vorarlberger Schulen“.

Und dann noch mein dringender Aufruf an die KollegInnen im Land: Wartet nicht darauf, dass die perfekte Umgebung zur Verfügung steht. Beginnt, euch mit digitalen mobilen Lernmöglichkeiten auseinanderzusetzen. Auch mit den privaten Handys der Schülerinnen und Schüler ist schon das eine oder andere möglich. Investiert auf der anderen Seite aber noch nicht zu viel Zeit in Lernmaterialien, die nur auf einer bestimmten Plattform gut funktionieren. Konzentriert euch momentan besser auf web 2.0 Tools oder auf Apps, die für alle Plattformen zur Verfügung stehen.



Was macht eigentlich die PV?

Unsere Aufgaben sind zum Teil gesetzlich geregelt, sehr viel läuft aber auch unter dem Titel Service.

Die Aufgaben, Pflichten und Rechte der Personalvertretung (PV) sind im Bundespersonalvertretungsgesetz (PVG) geregelt: So hat die Personalvertretung dafür einzutreten, dass die zugunsten der Bediensteten geltenden Gesetze, Verordnungen, Verträge, Dienstordnungen, Erlässe und Verfügungen eingehalten und durchgeführt werden. Dazu stehen dem Dienststellenausschuss weitreichende, gesetzlich zugesicherte Mitwirkungsrechte, Verhandlungsmandate und Informationsrechte zur Verfügung.

Dabei ist Konsequenz, Rechtssicherheit, juristische und informative Hilfe aus Wien und ein guter Draht zu den betroffenen Stellen in Vorarlberg unerlässlich, um erfolgreich zu sein. Die meisten Probleme können schon im Vorfeld gelöst werden. Bei Bedarf müssen auch rechtliche Schritte in die Wege geleitet werden.

Beispiel:

LandeslehrerInnen an einer Privatschule haben seit ihrer Anstellung keine Fächervergütung vom Land Vorarlberg erhalten. Begründet wurde dies gegenüber der PV mit weit zurückliegenden Abkommen zwischen Schule und Ministerium. Erst die Einschaltung der Rechtsabteilung der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst hat Wirkung gezeigt. Die betroffenen KollegInnen haben rückwirkend für drei Jahre die Fächerzulagen nachgezahlt bekommen.

Außerdem besuchen wir Schulen, fahren auf Rechtsausbildungsseminare, bringen in Rechtsschulungen den KollegInnen das Schul- und Dienstrecht näher, organisieren Veranstaltungen, Seminare, Führungen,

studieren neue Gesetze, schreiben Begutachtungen (z.B. zu Bildungsreform und Pädagogik-Paket), nehmen an Demos teil, verfassen Briefe an den Bildungsminister und den Landeshauptmann, unterstützen oder initiieren Unterschriftenaktionen und tun in den Vorarlberger Medien häufig unsere Meinung kund. Gelegentlich müssen wir auch die SachbearbeiterInnen in der Bildungsdirektion auf neue Gesetze aufmerksam machen.



Wir sind täglich damit beschäftigt, zahlreiche Fragen der KollegInnen zu beantworten, Probleme zwischen LeiterInnen und Lehrpersonen zu lösen und unzählige Mails zu beantworten. Zwischendurch hören wir uns die Sorgen der Lehrerschaft am Telefon oder im persönlichen Gespräch an.

Wir sitzen vor dem Computer und hämmern Texte für die Mittwochsinfos, Sonderinfos, Rundbriefe, Homepage oder Facebook in die Tasten. Nicht zu vergessen die neuen Taschenkalender, Schulplaner oder Stehkalender, die gelayoutet und getextet werden müssen. Dazu schlürfen wir Unmengen Kaffee.

Nicht immer sind wir in unserer Arbeit erfolgreich, nicht alle Wünsche der KollegInnen können erfüllt werden. Trotzdem sind wir immer noch voll motiviert und freuen uns, im Sinne der Kollegenschaft tätig zu sein. Die Arbeit, die uns nie ausgeht, macht Dank der freundlichen Lehrpersonen, LeiterInnen und SachbearbeiterInnen in der Bildungsdirektion weiterhin Spaß. Und so soll es ja auch sein.

Gerhard und Willi



Geldstrafe – ein Wunderheilmittel?

Alexandra Vrhovac, Lehrerin an der MS Dornbirn-Markt

Die Idee, Eltern in die Frühförderung ihrer Kinder einzubinden und den SchülerInnen somit eine bessere Möglichkeit auf Chancengleichheit zu geben, scheint als Grundidee gar keine schlechte. Bestehende Konzepte und Ideen würde es geben.

Stattdessen sofort laut nach einer Geldstrafe als Konsequenz zu schreien, wenn Eltern ihren Pflichten nicht nachkommen, ist zu kurz gegriffen und kann nicht der Weg zur Lösung von schwierigen Fragen sein. Oftmals mangelt es Erziehungsberechtigten nicht am „Wollen“ – die Überforderung und das „Können“ schränken sie hier ein. Die Gegebenheiten drumherum, Arbeitssituation, eigener Bildungsgrad, Lebenssituation und vieles mehr sind oft nicht förderlich. Und dann auch noch eine Sanktion anzudrohen, weil man der Pflicht der Förderung nicht nachkommen kann, lässt neues Konfliktpotential entstehen und die Frustration noch größer werden.

Immer wieder kommt in mir die Frage hoch, was der Angriff auf die Geldbörse der Erziehungsberechtigten bezwecken soll? Wo bleibt hier der Mehrwert für die Eltern und die LehrerInnen und somit auch für die Kinder? Welcher Lernprozess soll hier initiiert werden?

Wir brauchen Förderprogramme für die Eltern. Und da stellen sich viele Fragen: Wer definiert die Kriterien für eine Förderung? Wie sehen diese aus? Sind diese auch an dem Bildungsgrad der Eltern orientiert? Gibt es unterstützende Maßnahmen, um den Förderprozess zu erleichtern?



Willis Rundschau

Empathie und Zusammenarbeit

ZA-Vorsitzender Willi Witzemann (witzewilli@hotmail.com)

In den letzten Monaten hat sich im Vorarlberger Schulleben sehr viel getan, leider nicht nur Positives. Trotzdem habe ich mir vorgenommen, das Positive herauszukehren und nicht nur zu kritisieren, obwohl es bei den derzeit herrschenden Umständen hier ein Leichtes wäre. Inspiriert zu dieser Einstellung haben mich zwei Dinge. Zum einen die letzte Leitertagung im Bezirk Bludenz und zum anderen ein Leitartikel von Manfred Perterer in den Salzburger Nachrichten („Warum es schwerfällt, Fehler einzugestehen“).

Was geschah in Bludenz so Besonderes? Vermutlich kennen das viele LeiterInnen, die zu einer Dienstbesprechung der SchulqualitätsmangerInnen (SQM) – ehemals PSI – geladen werden: Es wird fleißig Hände schüttelnd begrüßt, dann beginnt das „Programm“ mit Informationen der Obrigkeit und Berichten, welche Belastungen denn nun wieder auf die Schulen zukommen. Schuleingangstestungen, MIKA-D, die neuen Leistungsbeurteilungen etc. standen natürlich auch auf dem Programm.



Klärende Gespräche sind oft hilfreich.

Begonnen hat alles aber ganz anders, nämlich mit einem motivierenden Plädoyer der SQM Judith Sauerwein an die LeiterInnen. Sie mögen doch trotz der vielfältigen Schwierigkeiten, welche auf die KollegInnen niederprasseln, die wichtigste Eigenschaft des Lehrerberufs in den Vordergrund stellen, nämlich die Freude an der Arbeit mit Kindern. Frau Sauerwein argumentierte und motivierte und vor allem zeigte sie Verständnis für die schwierige Situation, in der sich so manche LeiterInnen befinden. Diese Solidarität und vor allem die Empathie den DirektorInnen gegenüber tat einfach gut und ist mehr als nachahmenswert.

So verwunderte es schließlich auch nicht, dass die meisten KollegInnen danach noch bei einem gemütlichen Hock in Bludenz verweilten und ihre Sachbearbeiterin in der Bildungsdirektion, Petra Vögel, in die Karez verabschiedeten.

PROBLEME LÖSEN

Insgesamt waren es über 2000 km, welche ich im ersten Semester dieses Schuljahres dienstlich in Vorarlberg unterwegs war, um zu informieren, aufzuklären oder zu vermitteln.

Immer wieder gab es kleinere, aber auch größere Probleme. Mit einer kurzen Aussprache und einem leisen „Entschuldigung“ konnten viele Dinge vom Tisch gekehrt werden.

Leider gab es aber auch schwerere Fälle, bei denen KollegInnen bis zum Rande des Erschöpfungszustandes arbeiteten. Egal, ob

man sich mit einer (versteckten) Krankheit gerade noch in die Schule schleppt oder kurz vor einem Burn-Out steht – manche haben einfach

„Manche haben das Gefühl, sie müssen funktionieren, weil sonst die KollegInnen einspringen müssen.“

das Gefühl, sie müssen funktionieren, weil sonst KollegInnen einspringen müssen, wenn sie im Krankenstand sind.

Natürlich sieht man nicht in die Menschen hinein, aber es muss jedem klar sein, dass die eigene Gesundheit an oberster Stelle stehen sollte.

WO GEHOBELT WIRD, DA FALLEN SPÄNE

Fehler zu machen ist menschlich. Fehler zuzugeben, ist sicherlich nicht leicht, zeugt aber für mich von Größe und ermöglicht ein Miteinander auf Augenhöhe. Womit ich beim Leitartikel der SN wäre. Ein knappes „Entschuldigung, es tut mir leid“, hat über so manches Problem hinweggeholfen.

Unterstützung geben, zusammenarbeiten und ein fröhliches, motivierendes Wort hilft über manche Schwierigkeit hinweg. Ein „Danke“ oder „Toll hast du das gemacht“ motiviert nicht nur, sondern gibt auch Kraft für Neues. Genauso wie in Konfliktsituationen ein klärendes Gespräch oft schon genügt hat, Missverständnisse auszuräumen.

Dies konnte ich immer wieder in diversen Problemsituationen erleben und es ist erfreulich, wenn alle erkennen: Gemeinsam geht vieles besser!



Sie fragen, wir antworten.

Gerhard Unterkofler, Willi Witzemann

BEURTEILUNG BEI OFTMALIGEM FEHLEN

? Ich habe einen Schüler, der sehr häufig krankheitsbedingt fehlt. Gibt es eine gesetzliche Regelung, ab welcher Anzahl von Unterrichtsversäumnissen ein Schüler nicht mehr bewertet werden darf?

§ Nein. Ob ein Schüler aufgrund seiner Fehlstunden bewertet werden kann oder nicht, liegt ganz allein im Entscheidungsbereich der unterrichtenden Lehrpersonen. Sollte die Lehrperson der Meinung sein, dass der Schüler nicht bewertet werden kann, muss eine Feststellungsprüfung angesetzt werden.

ERWEITERUNGSSTUDIUM FÜR LEHRERINNEN IM ALTEN DIENSTRECHT

? Ich unterrichte bereits an der Volksschule, bin im alten Dienstrecht und habe einen Bachelor mit 180 ECTS. Nun möchte ich den Bachelor auf 240 ECTS erweitern und dann den Master für die Primarstufe machen. Erhalte ich dann ein besseres Gehalt?

§ Leider nein. Du kannst auch nicht in das neue Dienstrecht wechseln. Allerdings sollte man bedenken, dass in Zukunft fast alle neuen Lehrpersonen den Master haben werden. Da könnte es durchaus von Vorteil sein, wenn du dich für eine Leiterstelle oder eine Stelle in der Bildungsdirektion bewirbst und einen Master hast.

BEFRISTETE JAHRESVERTRÄGE

? Ich bin keine ausgebildete Lehrperson und habe deshalb einen Sondervertrag erhalten, der immer nur ein Jahr dauert. Wie kann ich zu einem fixen Vertrag kommen?

§ Der Dienstgeber kann dir fünf Jahre lang einen befristeten Jahresvertrag geben. Dann jedoch muss er sich entscheiden, ob er dir einen unbefristeten Vertrag gibt oder gar keinen mehr. Der Dienstgeber wird dabei in Betracht ziehen, ob du weiterhin benötigt wirst und ob die Schulleitung mit deiner Arbeit zufrieden war.

HANDY WEGNEHMEN

? Ich habe einer Schülerin das Handy abgenommen, da sie während des Unterrichts dauernd damit gespielt hat. Ihre Mutter hat beim Direktor angerufen und gemeint, es sei nicht erlaubt, dass der Lehrer das Eigentum eines Schülers wegnehmen darf. Stimmt das?

§ Nein, in diesem Fall bist du im Recht. Unterrichtsstörende Gegenstände dürfen abgenommen werden. Am Ende des Unterrichts müssen sie allerdings wieder zurückgegeben werden. So sieht es der § 4, Abs. 4 der Schulordnung vor. Gefährliche Gegenstände müssen verwahrt werden und dürfen nur den Erziehungsberechtigten ausge-

händigt werden. Achtung: Der Inhalt eines Handys darf nur von den Eltern oder von der Polizei kontrolliert werden.

SCHÜLERINNEN IM PRIVATEN PKW TRANSPORTIEREN

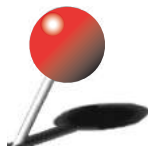
? Da nicht alle SchülerInnen ein Fahrrad haben, habe ich auch schon Kinder mit meinem Auto von der Schule zum Schwimmbad mitgenommen. Mein Direktor hat mich darauf aufmerksam gemacht, dass dies sehr problematisch sei. Stimmt das?

§ Nun, wir PersonalvertreterInnen raten dringend davon ab, SchülerInnen mit dem Privatauto zu transportieren. Sollte ein Unfall passieren und die Kinder verletzt werden, tritt die Amtshaftung nicht in Kraft, denn das Transportieren von SchülerInnen mit dem Privatauto gehört nicht zu den Dienstpflichten einer Lehrperson. Das heißt, die Lehrperson haftet persönlich und kann deshalb privat geklagt werden. Bei der Versicherungsagentur müsste auch abgeklärt werden, ob die Haftpflichtversicherung für einen Schaden beim Schülertransport aufkommt.

Auch auf Facebook

Freie
LehrerInnen

FSG / Unabhängige / SLV / VLI



WIEDEREINGLIEDERUNGSTEILZEIT

Vertragsbedienstete <small>(seit 1.8.2018 gültig)</small>	BeamtInnen <small>(seit 1.1.2019 gültig)</small>
<p>Herabsetzung: Wochendienstzeit im Durchschnitt zwischen 50 % bis 75 % des bisherigen Umfangs.</p> <p>Das Entgelt wird aliquot reduziert. Auf Antrag beim zuständigen Krankenversicherungsträger gebührt ein Ersatz = Wiedereingliederungsgeld.</p>	<p>Herabsetzung zwischen 45 % und 55 % der Lehrverpflichtung bzw. der Jahresnorm.</p> <p>Gehalt wie im Krankenstand, nach 182 Tagen Reduzierung auf 80 %.</p>
<p>Diese Wiedereingliederungsteilzeit ist momentan bis 31. Dezember 2019 befristet, da anschließend eine Evaluierung durchgeführt wird.</p>	<p>Diese Wiedereingliederungsteilzeit ist bis 31. Dezember 2020 befristet, da anschließend eine Evaluierung durchgeführt wird.</p>
<p>Beratung durch fit2work und Untersuchung durch eine/n Arbeitsmediziner/in bzgl. Wiedereingliederungsplan; Chefarzt entscheidet.</p>	<p>Ärztliche Untersuchung: Feststellung der Dienstfähigkeit und der medizinischen Zweckmäßigkeit der Wiedereingliederungsteilzeit.</p>
<p>Voraussetzung: mindestens sechswöchige ununterbrochene Dienstverhinderung wegen eines Unfalls oder einer Krankheit. Keine wichtigen dienstlichen Interessen.</p> <p>Antritt: Der Beginn muss bis spätestens einen Monat nach einem mindestens sechswöchigen Krankenstand liegen.</p> <p>Dauer: Die Dauer kann zwischen einem und sechs Monaten vereinbart werden. Einmalige Verlängerung ist für die Dauer von einem bis drei Monaten bei medizinischer Zweckmäßigkeit möglich.</p> <p>Sonstige Bestimmungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Bei der Genehmigung hat die Personalvertretung ein Mitwirkungsrecht. • Es handelt sich dabei um eine „Kann-Bestimmung“, wenn keine wichtigen dienstlichen Interessen entgegenstehen. • Während der Wiedereingliederungsteilzeit ist die Anordnung von Mehrdienstleistungen unzulässig. • Die Lehrperson ist zur Erbringung der anteilmäßigen Supplierstunden (Topf C) verpflichtet. 	



GEWERKSCHAFTLICHE LEISTUNGEN

Neben dem **Berufsrechtsschutz** und der **Berufshaftpflichtversicherung** gibt es noch weitere finanzielle gewerkschaftliche Unterstützungen des ÖGB und der GÖD für ihre Mitglieder. Die Leistungen hängen von der Mitgliedsdauer ab. Hier einige Beispiele:

Geburtenbeihilfe

Aus Anlass der Geburt eines Kindes erhält das Mitglied 50 Euro pro Kind. Der Antrag und die Geburtsurkunde in Kopie sind bis zum ersten Geburtstag des Kindes vorzulegen.

Familienunterstützung

Auch für das Jahr 2019 gibt es diese soziale Zuwendung an besonders zu berücksichtigende Familien mit Kindern. Die Unterstützung, auf die kein Rechtsanspruch besteht, kann einmal jährlich beantragt werden.

1. Bei mehr als drei Kindern, für die Kinderbeihilfe bezogen wird:

3 Kinder: 150 Euro
4 Kinder: 200 Euro
5 Kinder 250 Euro
6 Kinder 300 Euro (usw.)

2. Die Familie bezieht für ein Kind oder mehrere Kinder erhöhte Familienbeihilfe:

1 Kind: 100 Euro
2 Kinder: 200 Euro
3 Kinder 300 Euro (usw.)

Bildungsförderung

Die GÖD unterstützt Aus- und Fortbildung mit **45 bis 300 Euro**. Die Ausbildungen müssen während der Mitgliedschaft absolviert werden und der Zeitpunkt des Ansuchens innerhalb der Mitgliedschaft liegen.

Unterstützung bei Wien-, Landschul- und Sportwochen sowie bei Kinderferienaktion,

Mitglieder der GÖD, deren Kinder an einer Kinderferienaktion oder mehrtägigen Schulveranstaltungen teilnehmen, können zwecks teilweiser Übernahme der hierfür anfallenden Kosten ein Ansuchen stellen.

Die **Höhe der Unterstützung hängt vom Gesamtbruttoeinkommen und der Anzahl der sorgepflichtigen Personen** des Antragstellers ab. Pro Jahr wird maximal ein Zuschuss pro Kind gewährt.

Begräbniskostenbeitrag

Anspruchsberechtigt sind Ehepartner, Lebensgefährten, Kinder, Eltern, Geschwister und Großeltern, soweit sie im gemeinsamen Haushalt gelebt haben bzw. Personen, die für die Bezahlung der Begräbniskosten aufgekomen sind. Die Höhe der Unterstützung hängt von der Mitgliedsdauer ab. Mindestmitgliedsdauer ist drei Jahre.

Weitere Unterstützungen:

- Arbeitslosenunterstützung
- Mobbingberatung
- Todesfallversicherung bei Freizeitunfällen
- Invaliditätsversicherung
- Freizeitunfallversicherung
- Unfall-Spitalsgeld

Weitere Informationen gibt es unter **www.vorarlberg.goed.at** (Service) oder bei Gerhard Unterkofler, Vorsitzender der PflichtschullehrerInnengewerkschaft):
0664 73 71 97 92, **unterkofler.gerhard@aon.at**

Parkraumbewirtschaftung an Schulen

Immer mehr werden auch die Parkplätze an den Schulen mit Parkgebühren versehen. Dabei wird auf Lehrpersonen, die kaum oder gar keine Möglichkeit haben, mit öffentlichen Verkehrsmitteln zur Schule zu fahren, keine Rücksicht genommen.

Sowohl in Hard als auch in Lustenau konnten weder Unterschriftenlisten noch Bedenken der Personalvertretung ein Umdenken der Verantwortlichen bewirken.

Meistens sind die LehrerInnen die einzigen Gebührenzahler, da sie nicht in den Genuss der Kurzparkzone kommen, wie die übrigen BürgerInnen. Außerdem gibt es Gemeinden, wo die Lehrpersonen mit einer Schuljahreskarte nur die Schulparkplätze verwenden dürfen. Wenn diese besetzt sind, müssen sie auf die öffentlichen Parkplätze ausweichen und eine zusätzliche Parkgebühr bezahlen.

Der Unmut vieler Lehrpersonen in den betroffenen Gemeinden ist groß. Manche KollegInnen werden sich da wohl eine Versetzung an eine besser erreichbare Schule überlegen bzw. erst gar nicht an einer abgelegenen Schule den Dienst antreten wollen.

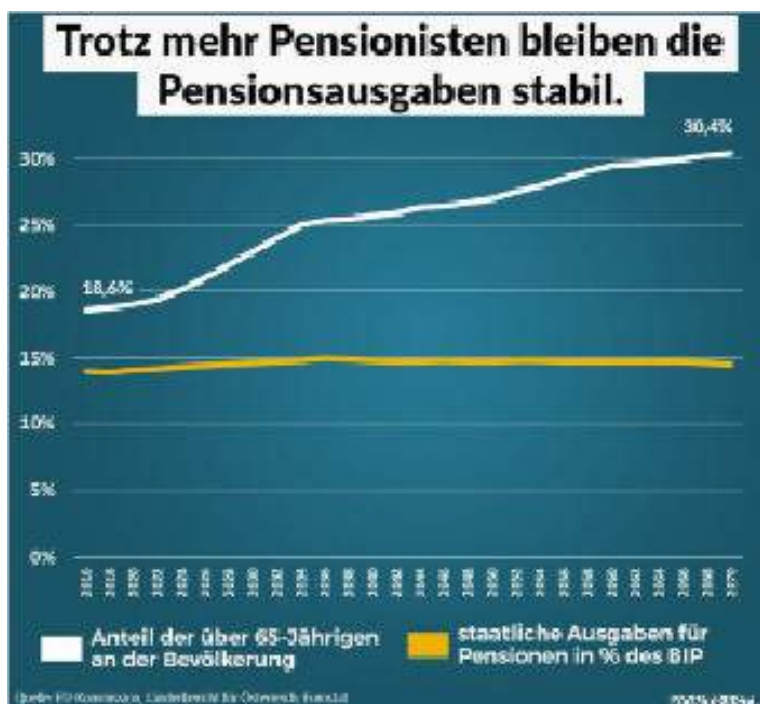
Gemeinden und Schulen müssen zusammenarbeiten, einseitige Belastungsmaßnahmen können eine solche Partnerschaft durchaus stören.

Andreas Kappaurer

Mag. Andreas Kappaurer lebt in Bezauf, war zuvor Landesschulinspektor für die humanberuflichen Schulen und hat nun die Leitung des Pädagogischen Dienstes in der Bildungsdirektion inne. Er ist verheiratet, Vater von vier Kindern und ausgebildeter AHS/BHS-Lehrer für Deutsch und Geografie. Zwischen 2005 und 2017 war Kappaurer Direktor der Bezauer Wirtschaftsschulen.

Seine ersten Aussagen in der Öffentlichkeit wie „Wir müssen am Image der LehrerInnen arbeiten und auch an der Einstellung zu diesen“ oder seine kritische Haltung zu den Ziffernoten, hat viele PädagogInnen positiv überrascht. Nicht verwunderlich also, wenn Kappaurer bei einem Bildungstreffen an der PH Vorarlberg mit großem Applaus bedacht wurde.

Auch die Personalvertretung hofft auf gute Zusammenarbeit und wünscht ihm als Leiter des Pädagogischen Dienstes einen erfolgreichen Start!



Von privaten und staatlichen Pensionen

Schon einmal hat eine schwarz-blaue Koalition die Pensionen gekürzt und das Antrittsalter der Korridor pension von 60 auf 62 Jahre angehoben. Nun scheint eine weitere Verschlechterung der staatlichen Pensionsvorsorge geplant zu sein. Vermehrt wird in den Medien, von konservativer Seite und von VertreterInnen der NEOS, unser Pensionssystem schlechtgeredet und in der Zukunft für nicht finanzierbar gehalten.

Aufhorchen lässt jetzt eine Äußerung des Finanzministers Hartwig Löger, der meinte, dass der Staat nicht mehr für die Pensionen in voller Höhe aufkommen könne. Betriebsrenten und private Vorsorge sollten die Lücken auffüllen. Solche Äußerungen verunsichern und treiben die Menschen in die Privatvorsorge und da profitieren die Versicherungsunternehmen. Dabei muss man auch wissen, dass Finanzminister Löger zuvor ja Vorstandsvorsitzender der Uniq Österreich Versicherungen war.

In Wirklichkeit ist das österreichische Pensionssystem international gesehen hervorragend. Im Vergleich zu Deutschland erhalten unsere Pensionisten durchschnittlich pro Monat um 500 Euro mehr und das 14-statt 12-mal. Nur 6 % der staatlichen Ausgaben fließen in die Pensionen, mit sinkender Tendenz.

Besonders in Krisenzeiten zeigt sich unser System als sicher, während private und betriebliche Pensionen oft mit einem Minus abschließen.

In Zukunft wird es also heißen: Wer genug verdient, kann sich die Zusatzpension leisten und damit ein finanziell sorgloses Leben im Alter führen. Alle anderen laufen Gefahr, im Alter in die Armutsfalle zu schlittern.

(Quelle: AK, kontrast.at)

Kindererziehungszeiten für die Korridor pension angerechnet

Beamtinnen können eine Korridor pension in Anspruch nehmen, wenn sie zwei Bedingungen erfüllen: Sie müssen mindestens 62 Jahre alt sein und über eine ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit von mindestens 40 Jahren verfügen. Letzteres wird besonders von Müttern oft nicht erreicht, da Kindererziehungszeiten nur in bestimmten Fällen zur ruhegenussfähigen Gesamtdienstzeit zählen.

Um diese Härte abzumildern, fordert die Gewerkschaft schon seit langem, Kindererziehungszeiten dementsprechend bei den ruhegenussfähigen Gesamtdienstzeiten einzurechnen. Die Regierung hat in der 2. Dienstrechtsnovelle 2018 diese Forderung nun teilweise erfüllt: Die erforderliche ruhegenussfähige Gesamtdienstzeit wird um Zeiten der Kindererziehung, die nicht ruhegenussfähig sind, um höchstens sechs Monate pro Kind verringert.

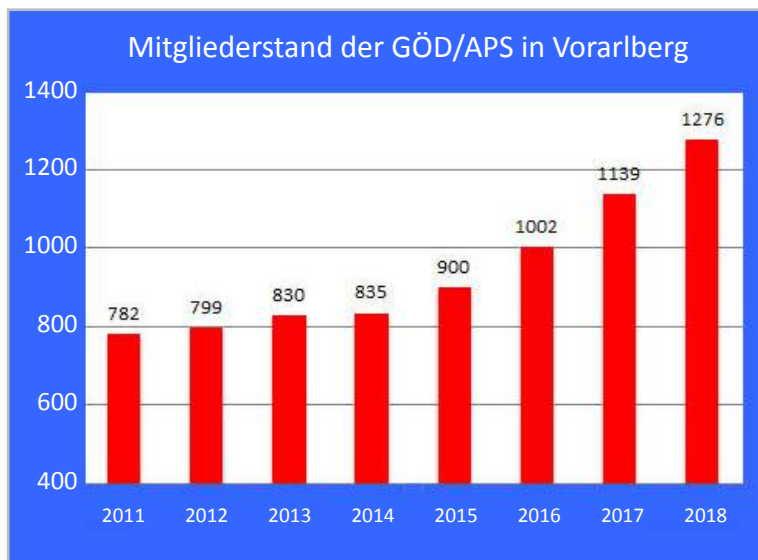
Informationen dazu gibt es bei der Personalvertretung der PflichtschullehrerInnen (Gerhard Unterkofler und Willi Witzemann) oder bei der Bildungsdirektion (Thomas Holler).

PflichtschullehrerInnen-gewerkschaft in Vorarlberg auf Erfolgskurs

Im Hinblick auf die Neuanmeldungen von Mitgliedern bei der PflichtschullehrerInnen-gewerkschaft gibt es in den letzten Jahren in Vorarlberg ein kräftiges Plus. Die Gesamtmitgliederzahl hat sich von 2011 bis Ende 2018 von 782 auf 1276 erhöht.

„Die Gewerkschaft kann nicht alles erledigen“, so Gerhard Unterkofler, der Vorsitzende der Vorarlberger PflichtschullehrerInnen-gewerkschaft, „aber ohne Gewerkschaft sähe es in der Arbeitswelt bedeutend schlechter aus.“

Besonders Berufsrechtsschutz, exzellenter Service und die Unterstützung der KollegInnen in rechtlichen Fragen sind wichtige Gründe für einen Beitritt.



Abrechnung von Schulveranstaltungen und Fahrtspesen

In der Vergangenheit musste die Personalvertretung in der ehemaligen Schulabteilung immer wieder nicht abgerechnete Fahrtkosten und Pauschbeträge für Schulveranstaltungen für KollegInnen einfordern.

In der neuen Bildungsdirektion befasst sich nun die Sachbearbeiterin Bettina Koch mit diesen Abrechnungen. Die Vorarlberger LehrerInnen-Personalvertretung freut dieser Wechsel und verbindet damit die Hoffnung, dass damit die KollegInnen zukünftig auf eine korrekte und rechtzeitige Erledigung der Abrechnungen vertrauen können.

Bildungsausgaben

Obwohl immer wieder in der Öffentlichkeit behauptet wird, dass Österreichs Bildungsausgaben sehr hoch seien, stimmt dies nicht mit der Realität überein. Ein Vergleich der Gesamtausgaben für das Schulwesen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt zeigt dies deutlich.

	1999	2015
Norwegen	4,0%	4,6%
Großbritannien	3,7%	4,4%
Finnland	3,6%	4,0%
Frankreich	4,4%	3,7%
Schweden	4,4%	3,6%
Niederlande	3,1%	3,5%
OECD-Mittel	3,6%	3,5%
Österreich	4,2%	3,1%
Deutschland	3,7%	3,0%

Neue Arbeitspsychologin für LehrerInnen

Das Interview mit Mag.^a Veronica Pitschl führte Willi Witzemann.

schulnotizen: Welche beruflichen Tätigkeiten hast du in Bezug auf deine jetzige Arbeit als Arbeitspsychologin gemacht?

Veronica Pitschl: Während meiner Ausbildung zur Klinischen- und Gesundheitspsychologin habe ich bei meiner Tätigkeit auf einer stationären Abteilung für Burn-Out-Patienten die Erfahrung gemacht, wie langwierig und schwer der Weg zurück sein kann. Hier habe ich übrigens auch die ersten beruflichen Kontakte zu LehrerInnen gehabt, da diese Berufsgruppe auf der Burn-Out-Abteilung doch sehr gut vertreten war. Diese Erfahrung hat meinen Entschluss gefestigt, mich beruflich mehr in Richtung Prävention zu orientieren, da Burn-Out auch tatsächlich eine Symp-

„Auf einer stationären Abteilung für Burn-Out-Patienten habe ich die Erfahrung gemacht, wie langwierig und schwer der Weg zurück sein kann.“

tomgruppe ist, die sich schleichend ankündigt und bei welcher man die Möglichkeit hat, das Auftreten zu verhindern. Also hier ist es tatsächlich bis zu einem gewissen Punkt möglich, sich davor zu schützen, in einen kompletten Erschöpfungszustand zu geraten. Da nun bei der Entstehung eines Burn-Outs die berufliche Situation und der Umgang damit eine erhebliche Rolle spielen, habe ich begonnen, mich mit der Arbeitspsychologie zu beschäftigen und bin schlussendlich in diesem Bereich geblieben. Der präventive Ansatz sagt mir persönlich weit mehr zu als der kurative..

schulnotizen: Welche besonderen Herausforderungen erwartest du als

Arbeitspsychologin für die Vorarlberger Lehrerschaft?

Veronica Pitschl: Ehrlich gesagt erwarte ich noch keine besonderen Herausforderungen, da mein Arbeitsauftrag sehr klar ist und wenig Spielraum lässt. Außerdem hat Dr. Rehberger hier in den letzten Jahren sehr gute Arbeit geleistet, sodass ich keine große Aufbauarbeit mehr leisten muss. Ich habe den Eindruck, dass das Angebot von den Lehrpersonen bereits gut angenommen wird und finde es eine sehr gute und auch sehr notwendige Sache, dass jede/r LehrerIn das Mindestmaß an 5 Einheiten Supervision/Coaching bezahlt bekommt. Dies gilt nicht nur für LehrerInnen, die sich in irgendeiner Weise belastet fühlen, sondern sollte tatsächlich von allen LehrerInnen in Anspruch genommen werden. Es geht hier auch um die Möglichkeit der Reflexion auf professioneller Ebene, diese kann einem dabei helfen, sich weiterzuentwickeln und zu wachsen.

In den wenigen Lehrergesprächen, die ich bisher geführt habe, habe ich bereits die Erfahrung gemacht, dass die Herausforderungen, denen die LehrerInnen tagtäglich begegnen, sehr vielfältig sind. Beeindruckt hat mich dabei, wie sehr politische Entscheidungen, welche mir sonst nur aus den Medien bekannt sind, einen direkten Einfluss auf die tägliche Arbeit der LehrerInnen haben und – so habe ich es bis jetzt erzählt bekommen – auch eine Belastung darstellen können. Ich bin mir auf alle Fälle sicher, dass diese neue Aufgabe eine sehr interessante sein wird.

schulnotizen: Wie viele KollegInnen haben sich in der Vergangenheit in etwa pro Jahr an die Ameco (health professionals GmbH, Bregenz) zur Gewährung einer Unterstützung für Supervisionen bzw. Coachings gewandt?



Veronica Pitschl: Diese Frage kann ich nur ungefähr beantworten, so seien es wohl im letzten Jahr über 100 gewesen. Was mir Fr. Dr. Rehberger auch berichtet hat, seien es in den letzten Jahren stetig mehr LehrerInnen gewesen, die um die Unterstützung angesucht haben. Man darf nun von diesem Anstieg nicht automatisch darauf schließen, dass es mehr belastete Lehrerinnen gibt, da es ja hoffentlich auch von Lehrern in Anspruch genommen wird, die es als Angebot sehen, sich vor einer Belastung zu schützen bzw. als Selbsterfahrung zu nutzen. Der Anstieg kann auch bedeuten, dass das Angebot laufend mehr LehrerInnen bekannt wurde und die Hemmschwelle, es in Anspruch zu nehmen, gesunken ist. Ich bin froh, wenn immer mehr LehrerInnen das Angebot annehmen, da ich davon überzeugt bin, dass es im Sinne der Prävention sehr hilfreich ist.

Mag.^a Veronika Pitschl ist ausgebildete Klinische- und Gesundheitspsychologin, Arbeitspsychologin, Systemischer Coach und Personalentwicklerin. Sie war vorwiegend in der Arbeitspsychologie und im beruflichen Gesundheitsmanagement tätig.



MARKUS JURANEK
DAS ÖSTERREICHISCHE SCHULRECHT
 2. AUFLAGE, VERLAG ÖSTERREICH
 323 SEITEN, BROSCHIERT, € 36,--
 ISBN 978-3-7046-7981-9

Das österreichische Schulwesen ist ein Großbetrieb, der durch eine Vielzahl rechtlicher Regelungen gesteu-

ert wird. Es gibt kaum jemanden - ob SchulleiterInnen, KlassenlehrerInnen oder ElternvertreterInnen -, der nicht direkt oder indirekt von diesen Regelungen betroffen ist. Trotzdem ist das österreichische Schulrecht bislang eine eher unbekanntere Materie, die sowohl von der Praxis als auch von der Wissenschaft wegen ihrer Komplexität gerne gemieden wird. Dieses Buch bietet Orientierung im Rechtssystem von Schule und Schulverwaltung und liefert praktische Entscheidungshilfen.

Das Buch richtet sich insbesondere an SchulleiterInnen, Lehrkräfte, LehramtsanwärterInnen, SchulaufsichtsbeamtenInnen, Verantwortliche in der Lehrerbildung und Lehrerfortbildung, Vertreter in Lehrerverbänden sowie Elternvertretungen.

In gut verständlich geschriebener Form werden Themen wie Schulbehörden, Schulorganisationsgesetz, Privatschulwesen, Schul- und Aus-

bildungspflicht, Schulzeit, Schulenterrichtsrecht, Unterrichtsarbeit, SchülerInnenbeurteilung, Aufsteigen, Wiederholen, Überspringen, Schulordnung, Funktionen der LehrerInnen, Schule und SchülerInnen, Religionsunterricht, soziale Maßnahmen für Schüler, Schulautonomie und vieles mehr behandelt.

Auch neue Entwicklungen wie die Bildungsdirektion oder das große Bildungsreformgesetz 2017 und das Pädagogikpaket 2018 sind in diese zweite Auflage aufgenommen worden.

Univ.-Doz. DDr. Markus Juranek MSc ist habilitierter Jurist, Pädagoge und Betriebswirt mit dem Wissenschaftsschwerpunkt Schulverfassung, Schulverwaltung sowie Kinder- und Jugendrecht mit jahrzehntelanger Erfahrung in den verschiedensten Führungsfunktionen der Schulverwaltung.

(gun)

Führung: 800 Jahre Feldkirch (Jubiläumsausstellung von „Hugo bis dato“)



Datum: Freitag, 5. April 2019

Zeit: 16.00 - 17.30 Uhr

Ort: Treffpunkt beim Palais Liechtenstein, Feldkirch

Führung: Werner Gerold

Exkursion: „Widerstand, Verfolgung und Desertation“ - ein neuer Rundgang zur NS-Geschichte in Bregenz

Datum: Mittwoch, 15. Mai 2019

Zeit: 14.00 - 16.00 Uhr

Ort: Treffpunkt vor dem Vorarlberger Landestheater

Führung: Johannes Spies

Veranstalter: Freie LehrerInnen

ANMELDUNGEN: unterkofler.gerhard@aon.at

(begrenzte TeilnehmerInnenzahl, alle Fortbildungen kostenlos)



Finnische SchülerInnen-Förderung als Vorbild für österreichische Schulen?

Heidi Schrodtt berichtet von ihrem Besuch der Vesala-Schule in Helsinki (aus DER STANDARD: Blog Bildungsthemen)

Das finnische Schulsystem setzt auf eine groß ausgebaute Förderung von Problemschülern. Ist das Motto „Kein Kind wird zurückgelassen“ eine umsetzbare Vision für Österreich?

Vor einigen Jahren durfte ich im Rahmen einer Studienreise das finnische Schulsystem kennenlernen und mir an mehreren Schulen ein Bild von der Praxis machen. Eine dieser Schulen, die einen nachhaltigen Eindruck auf mich hinterlassen hat, ist die im Osten Helsinkis gelegene Vesala-Schule. Sie hat einen für Finnland großen Anteil von Kindern von Zuwanderern, die Arbeitslosigkeit ist hoch, ebenso die Anzahl von Alleinerziehenden. Die Vesala-Schule ist weit über Helsinki für ihre große Expertise in Bezug auf Fördermaßnahmen bekannt. Sie erhält auf Grund der schwierigen sozialen Bedingungen großzügige zusätzliche Ressourcen von der Stadt, die sie autonom einsetzen kann.

„Die Vesala-Schule erhält großzügige Ressourcen von der Stadt, die sie autonom einsetzen kann (40 Lehrkräfte für 500 Schüler, dazu noch 15 Stellen für Zusatzpersonal).“

Als ich die Schule besuchte, wurden diese Ressourcen ausschließlich für zusätzliches Personal verwendet. Konkret sah dies so aus: 40 Lehrkräfte für 500 Schüler, dazu noch 15 Stellen für Zusatzpersonal. Neben den Regelklassen gab es außer der Vorschulklasse noch drei „Sonderklassen“: Eine Klasse für Schüler mit Lernproblemen (zum Beispiel Legasthenie), eine Klasse für Kinder mit Verhaltens- und emotionalen Problemen und die Klasse „The Net“ für Kinder mit besonders gravieren-

den Schwierigkeiten, in enger Kooperation mit Krankenhäusern und der sozialen Fürsorge. Diese „Net“-Klassen kommen dem nahe, was bei uns derzeit unter der Bezeichnung „Timeout-Klassen“ diskutiert wird. Damit wir uns eine Vorstellung machen können: Jede dieser „Sonderklassen“ ist temporär, wird von nicht mehr als 15 Kindern besucht und jeweils von zwei Lehrern und einer Assistenzlehrkraft betreut. Wenn ein Kind auch in so einer Klasse nicht mehr unterrichtet werden kann, kann bei der Stadt um Einzelunterricht – an der Schule – angesucht werden. Innerhalb von zwei Wochen wird so ein Ansuchen behandelt.

FALLBEISPIEL

Ich durfte ein Kind im Einzelunterricht zwei Tage lang begleiten und möchte diesen Fall schildern, um zu zeigen, wie gute Lösungen aussehen können und warum wir über die in der Politik aufgeworfenen „Erziehungscamps“ nicht einmal nachdenken sollen.

Es handelte sich um einen Zehnjährigen, der in der „Net“-Klasse aufgrund seiner Aggressionen nicht mehr haltbar war. Der Einzelunterricht wurde bewilligt, der Bub wurde von der Frau eines Lehrers der Schule, einer ausgebildeten Sozialarbeiterin, betreut. Und diese Betreuung sah so aus: Die Klassenlehrerin gab der Betreuerin den Lehrstoff, den diese mit dem als sehr begabt beschriebenen Buben in nicht mehr als drei Stunden pro Tag durchnahm. Mehr hätte er ihrer Einschätzung nach nicht verkräftet. Im Freizeitbereich war er



Heidi Schrodtt

Foto: Hertha Firnberg-Schule, Wien

mit seinen Jahrgangskollegen im Beisein seiner Betreuerin zusammen. Das sollte den Kontakt aufrechterhalten und die spätere Rückkehr in die Klasse erleichtern. In der Früh wurde er von zu Hause abgeholt, nach Unterrichtschluss wieder nach Hause gebracht.

Die Arbeit mit und in der (iranischstämmigen) Familie hatte einen hohen Stellenwert inne. In der Familie gab es sechs Kinder – drei Töchter, drei Söhne, alle besuchten die Vesala-Schule. Alle drei Mädchen wurden als unauffällig beschrieben, die drei Buben als sehr verhaltensauffällig. Der Vater, ein Opfer des Khomeini-Regimes, verließ die Wohnung seit Jahren nicht mehr. Er war im Iran geblendet worden und galt in der Familie als sakrosankt, die Mutter wurde mir als völlig überfordert beschrieben. Alle drei Söhne waren im Einzelunterricht gewesen, der älteste sogar ganze drei Jahre lang. Und er hatte es später auf eine Fachhochschule geschafft, die er zum Zeitpunkt meines Besuchs erfolgreich besuchte.

FINNISCHER KONSENS

„Kein Kind wird zurückgelassen“ ist das Motto dieser Schule, und „Kein Kind wird zurückgelassen“ ist auch der Leitsatz des finnischen Schulwesens. Auch in Finnland gibt es natürlich Gewalt an Schulen, auch in Finnland schaffen es nicht alle, auch in Finnland gibt es kriminelle Jugendliche. Aber es gibt dort die Vision, diesen Konsens über alle Parteien hinweg, dass es alle schaffen können, dass kein Kind verloren gehen darf. Und es werden viele Ressourcen in die Hand genommen, um das möglich zu machen, um sich dieser Vision so weit wie möglich anzunähern.

„ERZIEHUNGSCAMPS FÜR PROBLEMSCHÜLER“

Erstmals haben wir – dankenswerterweise – in Wien Zahlen zu gewalttätigen Übergriffen an Schulen, und das Problem soll hier keineswegs kleingeredet werden. Es gibt das Problem, und zwar nicht nur in Wien, keine Frage. Ob die Gewalt an Schulen insgesamt zugenommen hat, wird schwer zu beurteilen sein, da es an Vergleichsdaten fehlt. Dass wir dringend Maßnahmen zur Unterstützung von Schulen brauchen, bezweifelt kaum jemand. Was aber fällt dem Wiener Vizebürgermeister Dominik Nepp (FPÖ) dazu ein? Er fordert „Erziehungscamps für gewalttätige Problemschüler“, die auch noch eine Art von verpflichtendem Arbeitsdienst leisten sollen, wie etwa das „Säubern von Obdachlosenheimen“. Wenn sich das Verhalten der Kinder und Jugendlichen nicht bessert, sollte den Eltern die Erziehungsverantwortung entzogen werden.

Es ist zu hoffen, dass das nicht ernst gemeint ist, sondern dass diese Forderungen demagogisch motiviert sind, denn „Erziehungslager“ erinnern an Zeiten, die wir überwunden zu haben glauben. Aus dem

Bildungsministerium wurde das jedenfalls nicht einmal kommentiert, und das ist auch gut so.

ÖSTERREICHS SCHULEN MANGELT ES AN UNTERSTÜTZUNGSPERSONAL

Zur Tagesordnung übergehen dürfen wir dennoch nicht, denn es fehlt den Schulen an Ressourcen, um hier gezielt gegensteuern zu können. Und zwar nicht erst dann, wenn es (fast) zu spät ist, sondern von klein auf, angefangen im Kindergarten oder bei Bedarf noch früher, zum Beispiel in Form von aufsuchender Elternarbeit. Selbstverständlich benötigen wir aber auch klare Regeln an den Schulen und genaue Vorgaben zu Konsequenzen bei Regelverstößen. Was die personellen Ressourcen betrifft, sieht es in Österreich ganz schlecht aus. Wir befinden uns nämlich an einer der letzten Stellen unter vergleichbaren (OECD-)Ländern, was das sogenannte Unterstützungspersonal anbelangt.

„Was die personellen Ressourcen betrifft, sieht es in Österreich ganz schlecht aus. Wir befinden uns nämlich an einer der letzten Stellen unter vergleichbaren OECD-Ländern.“

Das ist seit langem bekannt, und eine Erhöhung wird immer wieder – erfolglos – eingefordert, nicht zuletzt von der Lehrgewerkschaft. Dabei geht es noch gar nicht um zusätzliche Ressourcen für besonders belastete Schulen, sondern um die „Grundausstattung“ mit Beratungs- und Förderlehrern, Schulpsychologen, Sprachförderlehrkräften und Schulsozialarbeitern sowie mit ausreichend administrativem Personal. Dass an österreichischen Pflichtschulen im Regelfall keine Sekretariate vorgesehen sind, ist im Grunde

genommen skandalös und international einzigartig. Belastete Schulen oder Schulen mit besonderen Herausforderungen brauchen darüber hinaus entsprechend mehr Ressourcen, die am besten nach einem „Chancenindex“ zugeteilt werden. Über den Einsatz der Ressourcen sollten, wie etwa auch in Finnland, die Schulen selber bestimmen können.

EINE RESSOURCENFRAGE

Um noch einmal zur Vesala-Schule zurückzukommen: Der Schule stand zum Zeitpunkt meines Besuchs folgendes Personal zur Verfügung: zusätzlich zu den Klassen- und Fachlehrern eine Schulkrankenschwester, eine Beratungslehrerin und eine Psychologin. Dieses Personal ist immer an allen finnischen Schulen vorhanden. Dazu kamen persönliche Betreuer der Kinder, Lehrer der Sonderklassen und Kleingruppenlehrer, insgesamt also 15 Personen zusätzlich, finanziert durch die Stadt Helsinki. Zum Vergleich: Dem bevölkerungsstärksten Wiener Gemeindebezirk Favoriten (mehr als 200.000 Einwohner) standen bis vor kurzem ganze drei (!) Schulsozialarbeiter zur Verfügung. Jetzt sind es sechs.

FAZIT: Wir brauchen dringend eine Gesamtstrategie zum Umgang mit Gewalt an Schulen. Fangen wir bei der Ressourcenfrage an.

Heidi Schrodtt

Langjährige Direktorin des Gymnasiums Rahlgasse in Wien, Vorsitzende der Bildungsinitiative BildungGrenzenlos, Buchautorin („Sehr gut oder Nicht genügend. Schule und Migration in Österreich“. 2014).



Gemeinsame Schule – was bleibt davon?

LABg. Gabi Sprickler-Falschlunger, Bildungssprecherin der SPÖ im Landtag
(gabriele.sprickler-falschlunger@landtag.cnv.at)

Ziel einer jeden Bildungspolitik muss es sein, Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihrer Herkunft eine möglichst gute Schullaufbahn und damit einen guten Start ins Leben zu ermöglichen.

Das klingt sehr schön, die Wirklichkeit sieht aber in Österreich und auch in Vorarlberg ganz anders aus. Selbstkritisch bleibt mir dabei anzumerken, dass auch die SPÖ in einer Regierung mit der ÖVP wenig auf den Weg gebracht hat. Wirklich eingeknickt ist man bei dem Kompromiss, den man mit der Bundes-ÖVP gefunden hat: Rein theoretisch ist zwar die Umsetzung einer „Gemeinsamen Schule der 10- bis 14-Jährigen“ in Vorarlberg möglich. Die eingebauten Hürden zur Verwirklichung verunmöglichen das aber.

Dabei ist ein wesentlicher Punkt, der laut OECD zu mehr Chancengerechtigkeit führen könnte, die Trennung der Schüler erst nach der Sekundarstufe I.

„Unter der türkis-blauen Regierung wird es keinen noch so kleinen Schritt in diese Richtung geben.“

Unter der türkis-blauen Regierung wird es keinen noch so kleinen Schritt in diese Richtung geben. Schlimmer noch: Die Bildungspolitik scheint sich wieder rückwärts zu bewegen, selbst kleine Kinder, kaum größer als die Schultasche auf ihrem Rücken, sollen mit Ziffernnoten beurteilt werden.

Was soll jetzt aus dem Projekt „Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ werden? Soll man all die getane Arbeit, die Befragungen, die Forschungsinhalte, die Bemühungen der Schulen und der Eltern so einfach in die Tonne treten, nur weil eine Bundesregierung wieder mehr Drill in der Schule will?

Ich bin der festen Meinung, das darf man nicht. Als SPÖ-Bildungssprecherin im Landtag teile ich nicht die Ansicht der Neos, dass man nur sogenannte „Leuchtturmprojekte“ aus dem Gesamtprojekt herauschälen soll. Das Ziel, nämlich die Gemeinsame Schule, würde man damit ad acta legen.

Aus dem Projekt „Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ wurde nun ein Unterstützungsprogramm für „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ entwickelt. Die Wahl fiel auf zwei Mittelschulen und die dazugehörigen Volksschulen. Die Schulen wurden nach einem Schlüssel ausgewählt, der die Herkunft der Kinder, soziale Kriterien und Bildungshintergrund der Eltern bewertete. Die Projektlaufzeit beträgt sechs Jahre. Für Lehrerinnen und Lehrer, aber auch für die Leitungen dieser Schulen ist das mit einem größeren Arbeitsaufwand verbunden. Das verlangt mir Respekt ab.

Immer wieder in Diskussion sind die „Schulen mit besonderen Herausforderungen“ (Brennpunktschulen). Sie sind das Produkt einer verfehlten Wohnbaupolitik, welche insbesondere in früheren Jahren große Siedlungen für sozial benachteiligte Familien zur Verfügung stellte. Aufgrund der Sprengelzugehörigkeit besuchten und besuchen viele bildungsbenachteiligte Kinder dieselbe Schule.

Generell ist die Unterrichtssituation an den Pflichtschulen eine andere wie in Gymnasien. Der Umgang mit manchen Eltern und SchülerInnen ist sehr herausfordernd. Und trotzdem erhalten PflichtschullehrerInnen weniger Gehalt und haben eine gerin-

gere gesellschaftliche Anerkennung als PädagogInnen in den Gymnasien. Das ist zutiefst ungerecht. Hätten wir nämlich nicht LehrerInnen an schwierigen Schulen, die durch ihre Bemühungen auch Kindern aus benachteiligten Familien eine Chance auf einen guten Bildungsweg geben, wäre das für unsere Gesellschaft fatal.

Und wie soll es nun mit dem Projekt „Gemeinsame Schule“ in Vorarlberg weitergehen? Was macht man mit der Überzeugung der meisten Eltern und einem Großteil der Lehrerschaft, dass eine Trennung der Kinder mit zehn Jahren nicht zielführend und definitiv nicht gewünscht ist?



Foto: Ingrid Ruthe (pixelio.de)

Ich bin mir sicher, die „Gemeinsame Schule der 10- bis 14-Jährigen“ wird kommen. Österreich wird nicht einen bildungspolitischen Weg gehen können, den es in Europa faktisch nirgendwo mehr gibt. Die Vorbereitungen in Richtung „Gemeinsame Schule“ müssen weitergehen, damit wir gut gerüstet starten können, wenn es einmal politisch möglich ist.



Gesellschaftspolitische Verantwortung ...

Willi Schneider, Direktor der MS Lochau
(wilhelm.schneider@schule.at)

... oder Verwirklichung eines Geschäftsmodelles?

In den letzten Jahren sind in Bregenz zwei neue private katholische Volksschulen und eine Mittelschule entstanden. Die katholische Kirche sanktioniert das, sodass der Bund die LehrerInnenkosten zur Gänze übernimmt. Als Schulträger fungieren verschiedene Orden, die Vereinigung der Ordensschulen Österreichs oder ein Bildungskonzern mit katholischen Wurzeln, nämlich das Kolping-Bildungswerk. Diese adaptieren Klostergebäude, die schon bisher irgendwelchen Bildungszwecken dienten, können relativ günstig für den neuen Zweck, die Einrichtung von kath. Privatschulen mit Öffentlichkeitsrecht, verwendet werden.

Dabei dürfte darauf geachtet werden, dass eine durchgehende Karriere von der ersten Klasse Volksschule bis zum Maturaabschluss möglich ist. Durch die Bundessubvention und diverse sonstige Subventionen lassen sich die Kosten von 2000 bis 4000 Euro pro Kind und Jahr für die Eltern so einschränken, dass der Besuch für Mittelschichtangehörige leistbar, für Unterschichtangehörige aber zu hoch ist. Die katholische Ausrichtung sorgt dafür, dass sich die Attraktivität der Schulen für nichtkatholische Eltern in Grenzen hält.

Das Kolping Bildungswerk scheint einen regelrechten Expansionsdrang zu verspüren, jedenfalls stößt man auf diese Firma, wenn weitere katholische Privatschulen zur Diskussion stehen, wie etwa neuerdings im Leiblachtal (Salvator kloster in Hörbranz). Dort sind eine Volksschule, eine Mittelschule und ein BORG im Gespräch. Laut Homepage betreibt das Bildungswerk 200 Einrichtungen

an 187 Standorten in Deutschland, davon 120 Schulen, die zu einem öffentlich anerkannten Schulabschluss führen. Es scheint für den Konzern ein gutes Geschäftsmodell zu sein.

Für die öffentlichen Volks- und Mittelschulen kann diese Entwicklung verheerende Auswirkungen haben – bis hin zur Gefährdung von kleinen Standorten. Durch die Abwanderung von SchülerInnen aus bildungsfreundlichen Schichten verschlechtern sich die Durchmischung und damit die Unterrichtsbedingungen.

„Für die öffentlichen Volks- und Mittelschulen kann die Entwicklung verheerende Auswirkungen haben.“

Die durch das Entstehen von katholischen Privatschulen verstärkte Segregation hat gesellschaftspolitisch verheerende Wirkung. Die Spaltung der Gesellschaft wird vorangetrieben. Bisher waren die Kinder verschiedener Schichten wenigstens im Volksschulalter zusammen. Wenn Kinder aus der katholischen Mittelschicht in der Schule auch nicht mehr auf Kinder mit anderem Hintergrund treffen, dann sind Parallelgesellschaften eine natürliche Folge.

Wer will das? Kann das im Sinne der katholischen Kirche sein, deren Vertreterinnen und Vertreter in der Asylfrage in Vorarlberg übrigens eine begrüßenswerte Haltung einnehmen? Kann das im Sinne einer gesellschaftspolitisch verantwortungsbewussten Politik sein?



Wer ist dieser K.E.V.I.N.?

Alexandra Loser, Lehrerin an der MS Bregenz-Schendingen

Viele haben schon davon gehört. Viele nutzen K.E.V.I.N. schon.

K.E.V.I.N. – Die Service-App für LehrerInnen unterstützt dich bei deiner täglichen Arbeit in der Schule. Eine besondere Informationsleistung ist das dienst- und schulrechtliche ABC, durch das sich NutzerInnen mittels einer praktischen Suchfunktion navigieren können.

K.E.V.I.N. steht für

- **Kontakte:** Mit einem Klick bist du auf der Homepage der Freien LehrerInnen.
- **Engagement:** Hier findest du „ProFit“, Videos für einfache Bewegungsabläufe, die Spaß machen und in der Klasse mit SchülerInnen durchgeführt werden können.
- **Veranstaltungen:** Termine für LehrerInnen in ganz Österreich
- **Informationen:** In dieser Rubrik findest du alles von A bis Z. Rechtliche Grundlagen und Wissenswertes zum Thema Schule werden kurz und knapp erläutert.
- **News:** Hier gibt es Aktuelles aus der Bildungspolitik.

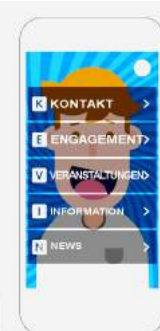
Sei dabei und hol dir K.E.V.I.N. auf dein Handy! Die App kann kostenlos im AppStore oder Google Play heruntergeladen werden.

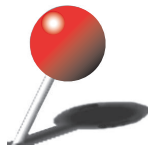
Hier geht's zur App:



Laden im App Store

JETZT BEI Google Play





Sommerreise Montenegro

Von der Adria zu den schwarzen Bergen

Fr. 12. – So. 21. Juli 2019



Auf dieser Urlaubsreise werden wir geschichtsträchtige Orte entdecken und die beeindruckende Gastfreundschaft der Montenegriner kennenlernen.

Ein Abstecher nach Albanien und eine spektakuläre Zugfahrt ins Hinterland runden diese interessante Reise ab.

1. Tag: Anreise mit dem Locker-Luxusbus nach Zagreb/Umgebung

2. Tag: Budva

Hier werden wir für 8 Tage nächtigen.

3. Tag: Budva – Bar

Von dem Badeort Budva geht es in die frühere Königsstadt Bar. Sie gilt heute noch als die bedeutendste Hafenstadt Montenegros.

4. Tag: Kotor-Insel Gospa, Herceg Novi

Mit Bus und Schiff geht es heute zur Kircheninsel Gospa od Skrpjela. In der Stadt der Blumen (Herceg Novi) gibt es viele orientalische Bauten zu sehen.

5. Tag: Zugfahrt

Heute geht es mit einer spektakulären Zugfahrt nach Kolasin. Nach dem Besuch des Klosters Moraca fahren wir

weiter in die Hauptstadt Podgorica.

6. Tag: Kloster Ostrog

Das auf einer Terrasse angelegte zweiteilige Kloster beherbergt den christlichen Schrein, der jährlich viele tausend Besucher anlockt.

7. Tag: Skutarisee – Skhodra

Neben dem größten See des Balkans, der einem wahren Vogelparadies gleicht, besuchen wir auch Rozafa, die älteste Stadt Albaniens.

8. Tag: Kotor

Diese Stadt gehört aufgrund ihrer Kirchen und Paläste zum UNSECO-Weltkulturerbe. Sie liegt an der wohl schönsten Bucht der Adria.

9./10. Tag: Heimreise mit einer Zwischenächtigung im Raum Zagreb.

Reisebegleitung: Witzemann Willi
Anmeldung und Infos: Witzemann Willi
witzewilli@hotmail.com

Umfangreiches Leistungspaket

Spezialpreis für LehrerInnen: 1.475 €

Freie LehrerInnen
FSG-Unabhängige - SLV - VLI

